

cs Schoch C.

Sozialpolitik in der Stagnation

Die Angst um den Arbeitsplatz wächst, die Lohneinkommen stagnieren annähernd, und die zwangsweisen Abgaben steigen. Damit ist das verfügbare Einkommen für viele Menschen bis weit in den Mittelstand hinein gesunken. Die Sorge um die Arbeitslosigkeit, die Entwicklungen im Gesundheitswesen und die Altersvorsorge stehen laut der kürzlich veröffentlichten Umfrage des GfS-Forschungsinstituts (NZZ 16. 12. 03) an oberster Stelle des Sorgenbarometers der Schweizer Bevölkerung. Gleichzeitig ist das Vertrauen der Bürger in Politik und Wirtschaft nicht gerade gewachsen. 57 Prozent der Befragten gaben an, oft den Eindruck zu haben, die Wirtschaft versage, und 53 Prozent bemängeln ein häufiges Versagen der Politik. In Letzterem sahen sich wohl viele bestätigt, als der Nationalrat nach über dreijähriger Beratung im Parlament am Ende der Dezembersession die Revision des Krankenversicherungsgesetzes verwarf. Ausgerechnet in jenem Bereich, der die Menschen mit besonderem Kummer erfüllt, zeigte sich das Parlament bisher unfähig, gezielte - und seien es auch nur relativ kleine - Reformschritte einzuleiten.

Eine Alles-oder-nichts-Strategie namentlich auf links-grüner Seite und zu wenig Unterstützung von bürgerlichen Kräften brachten die Vorlage zu Fall, die zugegebenermassen noch weit davon entfernt gewesen wäre, die wachsenden Kosten im Gesundheitswesen tatsächlich in den Griff zu bekommen. Wichtige Anliegen wie die Lockerung des Vertragszwanges zwischen Ärzten und Krankenversicherern sowie die damit verbundene Förderung von Ärztenetzwerken oder erste Schritte zu einer monistischen Spitalfinanzierung sowie die Einführung eines Sozialziels für die Krankenkassenprämien wurden mit dem Nein der grossen Kammer vorerst auf Eis gelegt. Die Finanzierung der Langzeitpflege wurde in der Reform erst gar nicht angepackt. Der neue Gesundheitsminister Pascal Couchepin, der dem Geschehen während eines Jahres tatenlos zugesehen hatte, will es nun mit kleinen Teilschritten versuchen. Damit soll die Kumulation der Abwehrreflexe abgebaut werden.

Klein, zu klein blieb auch der Reformwille des Parlaments bei der jüngsten AHV-Revision. Einzig die Anpassung des AHV-Rentenalters der Frauen an jenes der Männer und die Verlangsamung des Rhythmus zur Angleichung der AHV-Renten an die Teuerung und Lohnentwicklung blieben als sinnvolle Neuerungen zur Kosteneindämmung übrig. Die Linke hat der Vorlage den Kampf angesagt und die nötige Unterschriftenzahl für das Referendum in der Rekordzeit von nur wenigen Tagen zusammengebracht. Das Volk wird voraussichtlich im Mai über die Revision befinden. Doch die Opposition gegen die 11. AHV-Revision ist rückwärts gewandt. Gewerkschafter und Sozialdemokraten sind darüber verärgert, dass die von ihnen geforderte Abfederung der Rentenkürzungen bei einem vorzeitigen AHV-Bezug nicht verwirklicht wurde. Sie verlangten damit eine Subventionierung des vorgezogenen Altersrücktritts mit der Giesskanne. Das hätte sehr viel gekostet und kaum jemandem etwas gebracht.

Der künftige Weg muss in umgekehrter Richtung verlaufen. Es sind mit Blick auf die demographische Entwicklung Anreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer erforderlich, damit ältere Menschen wieder länger arbeiten, zumindest wieder bis zum ordentlichen AHV-Alter von 65 Jahren und längerfristig gar um ein oder zwei Jahre darüber hinaus. Dass sich heute viele Menschen bereits nach 50 auf ihr Rentnerdasein freuen, muss nachdenklich stimmen: So wenig Freude an der Arbeit, so viel Angst vor Geringschätzung, wenn man älter wird. Da läuft etwas grundlegend schief. Und wir können uns diesen Weg in die falsche Richtung nicht nur menschlich, sondern auch finanziell nicht länger leisten.

Noch deutlicher und vor allem direkter zeigt sich die Notwendigkeit einer Anpassung des

Altersrücktritts bei der zweiten Säule. Der Umwandlungssatz, welcher die Höhe der Renten bestimmt, wird angesichts der längeren Lebenserwartung in der Revision der beruflichen Vorsorge (BVG) gesenkt werden müssen. Weiterhin gleich hohe Renten sind somit nur bei längerer Lebensarbeitszeit möglich. Doch dazu ist ein Paradigmawechsel erforderlich. Die Eigenschaften jung, flexibel und enthusiastisch sollten gleichwertig mit älter, überlegt und erfahren nebeneinander stehen. Innovativ und offen muss für alle Altersstufen gelten.

Ähnlich wie bei der Beschäftigung älterer Menschen müssen auch bei der Invalidenversicherung (IV) Anreize in Richtung Integration geschaffen werden. Die in den letzten zehn Jahren enorm gewachsene Zahl von IV- Rentnerinnen und -Rentnern hat zu einer Kostenexplosion geführt. Auch hier ist eine Kehrtwende notwendig. Nicht Verrentung, sondern Zurückführung in den Arbeitsprozess muss die Devise lauten. Dazu muss bei einer Erkrankung oder nach einem Unfall möglichst rasch der Weg zurück an den Arbeitsplatz gefunden werden.

Mit dem Grundsatz "Arbeit vor Rente" ist wieder Ernst zu machen. Man hat es sich da und dort - bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern - zu leicht gemacht und zu rasch nach einer Rente gegriffen. Dies nicht zuletzt unter dem wirtschaftlichen Druck der jüngsten Zeit. Das nützt aber letztlich niemandem. Wir können uns eine solche Entwicklung nicht länger leisten. Und gleichzeitig ist Integration auch menschlich weit besser als Ausgrenzung. Die nächste IV-Revision - Bundesrat Couchepin will sie in den ersten Monaten des nächsten Jahres vorlegen - muss Impulse geben, damit Menschen mit physischen und psychischen Einschränkungen wieder einen Platz in unserer Arbeitswelt finden. Die zunehmende Verrentung ist zu stoppen. Massnahmen zur Integration werden zwar auch etwas kosten, die IV-Stellen müssten dazu unter anderem verstärkt werden, doch sind solche Investitionen insgesamt günstiger und im Ergebnis weit positiver als das Zusprechen von Renten.

Dem aufgestauten Bedarf an Reformen zur Kosteneindämmung in den eingeführten Sozialversicherungen stehen Forderungen nach neuen Ausgaben in noch nicht etablierten Sozialbereichen gegenüber. Die Mutterschaftsversicherung ist dabei freilich ein altes, vom Volk mehrfach abgelehntes Postulat. Mehr staatliche Gelder für Kinderkrippen und Tagesschulen sowie Steuervergünstigungen für Familien sind weitere bereits in die Politik eingespeiste und zum Teil schon in Vorlagen gegossene Anliegen. Sie gilt es auf ihren Nutzen und ihre Kosten zu prüfen. Alles, was schön und gut wäre, lässt sich nicht realisieren. Wichtig wäre es, einen Überblick über die Gesamtheit der sozialpolitischen Massnahmen zu erhalten. Die von Ständeratspräsident Fritz Schiesser seit Jahren geforderte Gesamtschau in der Sozialpolitik steht noch immer aus. Es geht dabei nicht um ein Grossprojekt, sondern darum zu wissen, was mit der einen Hand eingespart und mit der andern gleich wieder ausgegeben wird.

Bei dieser Gesamtschau gibt es keine Vorrechte: weder für die alten Sozialwerke noch für neue Anliegen. Alle unterstehen demselben Begründungsnachweis. Reformen, geht es nun um die Einführung neuer oder die Beibehaltung beziehungsweise den Ab- oder Umbau eingeführter Leistungen, müssen sich auf genaue Analysen der sozialen Gegebenheiten stützen. Allzu verlockend ist es für die Politik - und zwar nicht nur kurz vor Wahlen -, gewichtigen Wählergruppen Geschenke zu machen und weniger bedeutenden Opfer abzuverlangen. Doch ohne Einsparungen geht es nicht.

Bereits hat das Parlament weitere 1,8 Mehrwertsteuerprozent für die AHV und IV bewilligt. So kann nicht bedenkenlos fortgeschritten werden. Auch das sind Steuern, und bezahlt werden sie vor allem vom Mittelstand, dessen verfügbares Einkommen in den letzten Jahren bereits geschrumpft ist. Der beste Weg, soziale Kosten einzusparen, ist, sie erst gar nicht entstehen zu lassen: Integration statt Ausgrenzung. Das gilt übrigens genauso für die Arbeitslosenversicherung. Die heutige Tendenz jedoch zur Privatisierung, Individualisierung und Abschottung bei gleichzeitiger Absicherung vor allem über den Staat führt nicht zum Ziel.